



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen und
Beteiligungen -

Tagesordnung I Punkt 33.1 der öffentlichen Sitzung am 15. November 2023

Vorlagen-Nr. 23-F-63-0104

Gewerbsteuererwartung im Haushaltsplan 2024 & Bildung einer Gesonderten Risikovorsorge - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 09.11.2023 -

Mit Schreiben vom 10. Oktober 2023 hat der Stadtkämmerer vorgeschlagen,

- die Gewerbsteuererwartung für 2024 um netto (nach Abzug Gewerbesteuer- und Heimatumlage) 51,857 Mio. € anzuheben,
- aus einem Teil des Netto-Mehrertrags eine Gesonderte Risikovorsorge zu bilden,
- diese, allerdings mit „Sperrvermerk Freigabe Stadtkämmerer“, mit Maßnahmen zu belegen.

Eingedenk dessen möge der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Es wird beschlossen, dass
 - a. im Haushaltsplan 2024 die Gewerbsteuererwartung auf 395 Mio. EUR angehoben wird.
 - b. im Haushaltsplan 2024 eine Gesonderte Risikovorsorge in Höhe von 5.611.829EUR gebildet wird.
 - c. die Gesonderte Risikovorsorge wird mit „Sperrvermerk Freigabe Stadtkämmerer“ versehen.
 - d. die Gesonderte Risikovorsorge nur mit Einmalmaßnahmen belegt werden darf, die keine Folgekosten generieren und demzufolge insbesondere für Personalaufwendungen nicht zur Verfügung steht. Vornehmlich sollten Instandhaltungs- und Anschaffungen im Ergebnishaushalt darauf gebucht werden, die einerseits keinen zwingenden Charakter haben und andererseits kurzfristig realisiert werden können.
2. Der Magistrat wird gebeten,
 - a. im Haushaltsplan die Gewerbesteuer- und Heimatumlage auf Basis einer Gewerbsteuererwartung von 395 Mio. EUR neu zu berechnen und die entsprechenden Positionen auf der Aufwandsseite anzupassen.
 - b. eine Übersicht der einzelnen Maßnahmen der Gesonderte Risikovorsorge außerhalb von SAP zu erstellen und im internen Kämmerer-Portal zu veröffentlichen.
 - c. abhängig von der Gewerbesteuer-Entwicklung die Gesonderte Risiko-Vorsorge mit der August-Hochrechnung 2024 sukzessive zu Gunsten der hinterlegten Projekte freizugeben.

Beschluss Nr. 0350

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 09.11.2023 wird angenommen.

Tagesordnung II Haushalt

Wiesbaden, .11.2023

Dr. Reinhard Völker
Vorsitzender